



ZdK

# Salzkörner

Materialien  
für die Diskussion  
in Kirche  
und Gesellschaft

17. Jg. Nr. 2  
12. Mai 2011

## Editorial

### Erfolg in Europa

Das hohe Gericht hat gesprochen. Am 18. März verkündete die Große Kammer des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in letzter Instanz, dass in italienischen Klassenzimmern auch weiterhin Kreuze hängen dürfen. Es wird ausdrücklich in das Ermessen der Mitgliedsstaaten gestellt, welchen Raum sie der Religion in der schulischen Bildung und Erziehung geben wollen.

Mit exakt diesem zentralen Argument, dass in einem Europa der kulturellen und religiösen Vielfalt eine Homogenisierung und Nivellierung des staatlichen Verhältnisses zur Religion höchst problematisch wäre, hatte sich das ZdK gemeinsam mit europäischen Partnern aus Frankreich und Italien im Rahmen einer Drittintervention an dem Verfahren beteiligt. Das nun vorliegende Urteil ist ein schöner Erfolg für dieses Engagement. Es ist ein Nachweis dafür, dass es sich lohnt, einen langen Atem zu haben und sich auf die fachliche Auseinandersetzung im politischen und hier auch juristischen Raum einzulassen. Wer dies qualifiziert tut, kann in Europa etwas bewegen. Darum ist unsere qualifizierte Kooperation mit anderen katholischen Laienbewegungen in Europa so wichtig.

Der Richterspruch zeigt aber auch, dass es im demokratischen Meinungsstreit mehr denn je darauf ankommt, das Bewusstsein für die positive gesellschaftliche Prägekraft des Christentums wachzuhalten. Die Präsenz christlicher Symbole in der pluralen Öffentlichkeit wird nur solange plausibel sein, wie es Christen als gesellschaftlichen Akteuren gelingt, die Botschaft des Kreuzes glaubwürdig in ihre jeweilige Lebenswelt zu transferieren. Also gilt beides: Kreuze aufhängen – und von der befreienden Kraft des Evangeliums erzählen!

Stefan Vesper

## Inhalt

### Vom entscheidend Katholischen \_\_\_\_\_ 2

Versuch einer Zustandsbeschreibung zwischen Memorandum, Petition und einer Dialoginitiative

[Johanna Rahner](#)

### 40 Jahre Gesprächskreis "Juden und Christen" beim ZdK \_\_\_\_\_ 4

Rückschau und Positionierung

[Hanspeter Heinz](#)

### "Salz der Erde", nicht "Heiliger Rest" \_6

Berliner Diözesanrat unterstützte Volksentscheid "Unser Wasser"

[Wolfgang Klose](#)

### Wer erfindet Pflanzen und Tiere? \_\_\_\_\_ 8

Kirchliche Verbände und Organisationen sagen "Nein" zu Patentierung von Pflanzen und Tieren

[Wolfgang Schleicher, Elisabeth van der Linde](#)

### Babyklappe und anonyme Geburt \_\_\_\_ 10

Facetten eines innerverbandlichen

Diskurses

[Regine Hölscher-Mulzer](#)

## Vom entscheidend Katholischen

Versuch einer Zustandsbeschreibung zwischen Memorandum, Petition und einer Dialoginitiative, die noch um ihre Themen ringt

**Ein Riss geht durch die katholische Kirche in Deutschland. Der Streit um die Interpretationshoheit des Katholischen wird ebenso medienöffentlich wie medienwirksam ausgetragen.**

Hierzulande wurde das Memorandum "Kirche 2011 – ein notwendiger Aufbruch" meist als Anhang der im selben Zeitraum erneut aufgebrochenen Zölibatsdebatte wahrgenommen. Daher fällt es nicht leicht, hinter den streitbaren und im Einzelnen sicher auch bestreitbaren Reformvorschlägen das eigentliche Profil des Memorandums sichtbar zu machen.

### Memorandum: Ein seismisches Alarmsignal

Es ist ein seismisches Alarmsignal für jene tektonische Verwerfung, die sich seit längerem unter der Oberfläche der katholischen Kirche aufgebaut hat. Für viele Gläubigen in Deutschland äußert sie sich in einer spürbar wachsenden Diskrepanz von Lebenswelt, Glaube und Kirche. Diese ist zunächst dem geschuldet, was man als "Gotteskrise" bezeichnet.

In der Moderne ist der Raum für Gott eng geworden. Denn Gott als "Lückenbüßer" ist heute zu Recht überflüssig geworden. Die hier deutlich werdende Fremdheits- und damit zugleich Freiheitserfahrung des Glaubens ist eine unaufhebbare; sie ist identisch mit der Grundsignatur des Glaubens in der Moderne, der durch die neuzeitliche Religionskritik hindurchgegangen ist. Auch für Glaubende gilt es, in der Welt zu leben "etsi deus non daretur" (Dietrich Bonhoeffer).

Das Memorandum kann und will daher sicher kein "Arbeitsprogramm" sein, mit dem man Kirchen wieder füllt, aber es ist ein Reformprogramm für den "harten Kern", der der Kirche vor Ort ein Gesicht gibt in ihrem Ringen um ein glaubwürdige Verkündigung gerade angesichts dieser Herausforderungen der Moderne. Damit zur metaphy-

sischen Heimatlosigkeit der Gotteskrise nicht auch noch ein ekklesiales Exil hinzukommt. Dazu ist eine kritische Zeitgenossenschaft angebracht, sodass – so der Innsbrucker Theologe Roman Siebenrock – "unsere Gemeinden und unsere Kirche als Ort der Kultivierung von Wahrheit, Freiheit und Würde erkennbar werden." Daher müsste, so Siebenrock weiter, das Memorandum "nicht spalten, sondern [es] stellt eine Option von Katholizität dar, die wert ist, gehört und gewürdigt zu werden. [...] Die Optionen sind weder radikal noch erstaunlich, sondern würden – wenn sie verwirklicht würden – die selbstverständlichen Strukturmerkmale einer wirklichen 'Communio-Ekklesio-logie' darstellen. [...] Auch sehe ich darin keine Unkirchlichkeit, sondern im Gegenteil, eine tiefe Sorge um die Kirche als entscheidende Motivation. [...] Sachlich gesehen halte ich das Memorandum [...] für ausgeglichen, moderat, in vielen Fragen für konkrete Ausgestaltung offen und von einer tiefen Sorge um die Zukunft der Kirche geprägt: Eine profilierte Position für den Dialog!"

### Petition: Signatur der Exklusion

Dennoch hat diese Initiative ein sehr diskursives Echo ausgelöst, das insbesondere im Internet erscholl. Fast augenblicklich haben hier unterschiedliche "konservative" Gruppierungen in ihrer Kritik am Memorandum kübelweise Häme über deren Verfasser ausgegossen. Über den Stil dieser Kommentare dürfte man eigentlich kein weiteres Wort verlieren. Indes entscheidet sich an scheinbaren "Stilfragen" doch Grundsätzliches. Wenn die "Petition pro Ecclesia" sich als explizite "Gegeninitiative" verortet, so starke Geschütze wie "Verzerrung", "Unredlichkeit", "Irreführung" und "Täuschung" zur Kennzeichnung ihrer Kontrahenten auffährt und mit einer Attitüde des Bekenntnishaften auftritt, wird sie sich am Ende genau daran messen lassen müssen.

Mich hat die Petition daher mit einer gewissen Ratlosigkeit zurückgelassen. Zum einen stellt sich die Frage: Kann nach zwei Jahren Krise der katholischen Kirche in Deutschland, die bisher ungekannte Ausmaße angenommen hat, die einzige Antwort lauten: "Weiter so wie bisher"? Zum andern sind es weniger die Inhalte der "Petition pro Ecclesia" als ihre Sprache, die mich aufhorchen lassen. So endet die Petition, auch wenn sie von – eher pflichtschuldig denn wirklich überzeugt anmutenden –

Solidaritätsbekundungen an Bischöfe und Papst begleitet wird, in einer seltsam konturlosen, wengleich emphatisch vorgetragenen Aufzählung von Selbstverständlichkeiten.

Was aber verbirgt sich hinter der immer wieder durchscheinenden angestrengt-konfessorischen Rhetorik einer "unaufgebbaren Identität" des Katholischen, die nach Eindeutigkeit und Abgrenzung ruft? Identität gewinnt hier ihr Profil dadurch, dass sie andere ausschließt, sich abgrenzt: als das entscheidend Katholische wird nur das unterscheidend Katholische definiert. Was hier zu Identitäts-Marken stilisiert und mitunter metaphysisch aufgeladen wird, trägt von vornherein die Signatur der Exklusion in sich – sei es das Thema Zölibat oder die Exklusivität bestimmter Frömmigkeitsformen, sei es eine hierarchische Konturierung von kirchlichen Strukturfragen, die einen Hauch von Sehnsucht nach dem verlorenen Paradies des Sakralen verbreitet.

## Im Zeichen antimodernistischer Affekte

Der risikobesetzten Komplexität einer modernen, pluralen und säkularen Gesellschaft wird hier das Ideal einer abgeschotteten Sicherheit unter Gleichgesinnten entgegengesetzt und die dramatischen Veränderungsprozesse der Individualisierung und Pluralisierung werden durch Uniformisierung und eine exkludierende Profilierung zu "bewältigen" versucht. So wird aus der Tatsache, dass das in der Welt und mit der Welt Agieren der Kirche nach dem II. Vatikanischen Konzil auch zu einer "Schleifung der Bastionen des Katholischen" geführt hat, ein neuer antimodernistischer Affekt. Er richtet eine grundsätzliche Differenz von Kirche und Welt erneut zum Schibboleth des "wahrhaft Katholischen" auf. Man begreift sich daher als bewusste Opposition zu jener Option der Öffnung des Katholischen, für die das Memorandum steht, und die man als "Anbiederung an den Zeitgeist", Indifferenz und drohende Selbstsäkularisierung des Katholischen deutet. An der Unversöhnlichkeit beider Ansätze wird kaum gezweifelt.

## Räume schaffen, in denen gesprochen wird

Timothy Radcliffe, ehemaliger Ordensmeister der Dominikaner, hat beide Optionen einmal treffend als spiegelbild-

liche Reaktionen auf die gleiche Erfahrung der Entwurzelung in der späten Moderne beschrieben. In einem Anfall von Euphorie und Optimismus hatte sich die katholische Kirche während und nach dem Konzil der Moderne geöffnet und sie mit offenen Armen angenommen zu einem Zeitpunkt, an dem diese sich selbst nicht mehr über den Weg traute. Es kommt in der Folge zu einem doppelten Heimatverlust der Glaubenden, der bis heute nicht überwunden ist. An der Frage, wie darauf angemessen zu reagieren sei, scheiden sich die Geister und etablieren sich die gegensätzlichen Identitäten. Da Radcliffe politische Zuweisungen wie liberal und konservativ, progressiv und traditionalistisch für unangemessen hält, hat er beide Antwortversuche mit dem Programm zweier nachkonziliar entstandenen Zeitschriften – "Concilium" und "Communio" – identifiziert: "Kingdom Catholics" und "Communion Catholics". Ihre beiden Grundprinzipien "öffnende Integration" bzw. "abgrenzende Identität" stehen in einer unaufgebbaren und unaufhebbaren Dialektik zueinander.

Dennoch gehören, so Radcliffe, beide Optionen zur spannungsvollen Dynamik der einen Kirche. Ein entscheidender Fehler wäre es, hier die Differenzen verschweigen zu wollen. Im Nichtaussprechen steckt die eigentliche Gefahr für die Kirche, im Nichts-Sagen und Schweigend-etwas-anderes-Denken. Die Freiheit der Kinder Gottes sieht anders aus – so Radcliffe. Und daher verbindet er diese Feststellung mit der Forderung, Räume zu schaffen, in denen die unterschiedlichen Meinungen offen ausgesprochen und der darüber notwendige Streit ebenso offen ausgetragen werden kann. An dieser Fähigkeit zum Gespräch wird sich entscheiden, ob wir noch eine Kirche sind. Denn erst dort, wo der wohlwollende Streit, das sich gegenseitig Aneinanderreiben und Abarbeiten und damit auch die ständige Herausforderung des Eigenen durch das Andere zur Selbstverständlichkeit wird, ist eine umfassende, eben "katholische" Sicht der Dinge möglich. Das zu erkennen ist freilich eine Tugend, die in der katholischen Selbstwahrnehmung erst wieder zu erlernen wäre.

| Prof. Dr. Johanna Rahner

Institut für Katholische Theologie, Universität  
Kassel

# 40 Jahre Gesprächskreis "Juden und Christen" beim ZdK

Rückschau und Positionierung

**Dialog, Zusammenarbeit und Begegnung zwischen Juden und Christen gibt es fast überall in Europa und Amerika. Aber nirgends gibt es eine feste Einrichtung wie den Gesprächskreis "Juden und Christen" beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken, der in diesen Tagen vierzig Jahre alt geworden ist.**

Katholiken und Juden erarbeiten im Gesprächskreis seit Jahrzehnten Stellungnahmen zu grundlegenden und aktuellen Themen und veröffentlichen sie im eigenen Namen. Das Präsidium des ZdK stimmt lediglich der Veröffentlichung zu, die Autorschaft liegt beim Gesprächskreis. Unsere Diskussionsbeiträge beanspruchen keine Autorität, sie wiegen nur so viel wie die Argumente. Die Texte, die immer auf Deutsch und Englisch, manchmal auch in anderen Sprachen erscheinen, fanden bislang im In- und Ausland, auch in Fachkreisen und bei kirchlichen Autoritäten erfreuliche Beachtung und hohe Wertschätzung.

### Jüngste Kontroversen

Jedoch lösten wir erstmals eine heftige öffentliche Kontroverse aus mit unserer Kritik an Papst Benedikt wegen seiner neu formulierten Karfreitagsfürbitte "Für die Bekehrung der Juden" im vorkonziliaren Ritus, den er weit großzügiger als sein Vorgänger gestattet. Das wurde zu einem Hauptthema auf dem Osnabrücker Katholikentag 2008. Noch viel heftiger war bekanntlich im folgenden Jahr der Widerspruch gegen die jüngste Erklärung des Gesprächskreises "Nein zur Judenmission – Ja zum Dialog". Die Wogen haben sich zwar wieder geglättet, auch dank Kardinal Lehmanns Intervention, aber diese wichtige Frage muss offengehalten und theologisch weiter bearbeitet werden. Es geht ja schließlich um den "von Gott nie gekündigten Alten Bund", wie Papst Johannes Paul II. prägnant zu formulieren pflegte. Auf ihm ruht nicht nur die religiöse Identität Israels, sondern auch die Existenz der Kirche. Denn wenn auf das Jawort Gottes kein Ver-

lass ist, dann ist es auch um seinen Bund mit der Kirche schlecht bestellt.

### Arbeitsweise

Angeregt durch das Votum eines Arbeitskreises auf dem Trierer Katholikentag 1970 wurde vom Präsidium der Gesprächskreis unter Leitung des Geistlichen Direktors, Prof. Dr. Klaus Hemmerle, im folgenden Jahr ins Leben gerufen. Seit 1974 bin ich zum Leiter des Kreises bestellt. Heute gehören ihm 12 jüdische und 15 katholische Mitglieder an, dazu eine protestantische Professorin für Judaistik. In der Regel treffen wir uns dreimal jährlich im Generalsekretariat des ZdK auf der Hochkreuzallee. Etwa alle drei Jahre veranstalten wir in Zusammenarbeit mit der Katholischen Akademie Bayerns in München eine zweitägige Klausurtagung mit geladenen Gästen zur Diskussion einer grundlegenden Thematik. Im November wird es um die unterschiedlichen Positionen zum Lebensanfang gehen, insbesondere um die theologische Argumentation, zumal sich Juden und Christen (nicht zuletzt) auf das "Alte Testament" berufen.

Seit der Gründung sind weitere Vorhaben die Vorbereitung und Durchführung des christlich-jüdischen Programmteils der Katholikentage und der Ökumenischen Kirchentage sowie zusammen mit dem Präsidium des ZdK Reisen nach Israel, USA, Polen und in andere Länder zum Austausch über die christlich-jüdischen Beziehungen. Für 2013 ist wieder eine Reise nach Israel geplant.

### Eine Sternstunde

Eine Sternstunde in der Geschichte des ZdK, wie der Präsident damals sagte, war in der Frühjahrsvollversammlung 1988 die bewegende Aussprache über unsere Erklärung "Nach 50 Jahren – wie reden von Leid, Schuld und Versöhnung?". Dieser Text hat die bei weitem größte Nachfrage gefunden und wurde in etlichen öffentlichen Reden in diesem Gedenkjahr an die Reichspogromnacht zitiert. Erstmals ergriffen auf der Vollversammlung auch zwei jüdische Mitglieder des Gesprächskreises das Wort, Rabbiner Marcel Marcus aus Bern und Prof. Dr. Ernst Ludwig Ehrlich aus Basel, der 2007 verstorbene Mitbegründer des Gesprächskreises, der nur bei einer einzigen Sitzung oder Reise gefehlt hat – weil er krank war.

# Dialog Juden und Christen

## Themen

Unsere Arbeit lässt sich etwas schematisch nach sechs Themenkreisen gliedern:

Nie wieder Auschwitz!

Nach der Schoa galt natürlich das primäre Interesse der jüdischen Mitglieder der Bekämpfung der Judenfeindschaft, auch ihren geistigen Wurzeln wie der "Lehre der Verachtung" während der ganzen Kirchengeschichte. Uns Christen ging Schritt um Schritt auf, dass wir unsere Identität, ohne es zu merken, auf Kosten der Juden formuliert hatten, als hätten wir eine bessere Ethik, einen radikaleren Glauben, eine größere Hoffnung.

Dialog verlangt Zeitgenossenschaft

Seit der bahnbrechenden Konzilserklärung "Nostra aetate" Nr. 4 war uns keine Frage, dass das Christentum im Judentum der biblischen Zeit und seiner Geschichte bis in die Gegenwart verwurzelt bleibt, während Juden das Christentum nicht zur Bestimmung ihrer Identität benötigen. Doch die Asymmetrie warf das Problem auf: Sind wir nicht beide, wenngleich auf völlig unterschiedliche Weise, "um Gottes willen" aufeinander verwiesen? Diese These erörterten wir in unserer bis heute grundlegenden Erklärung von 1979 "Theologische Schwerpunkte des jüdisch-christlichen Gesprächs". Nach 25 Jahren erfolgte in der Erklärung "Juden und Christen in Deutschland" die Fortschreibung dieses Dokuments.

Das Ärgernis der Judenmission

1981 stellte Edna Brocke die provozierende Frage in die Runde: Was hofft ihr Christen, um was betet ihr im Blick auf unser Heil? Müssen wir – spätestens am Ende der Geschichte (aber das wäre nur ein zeitlicher Aufschub) – "durch Christus" zu Gott kommen? Wir wiederholten zunächst unsere Aussage von 1979: Keiner darf den anderen vom Ja zu dem an ihn ergangenen Ruf Gottes abbringen. Neu fügten wir hinzu: Das gilt auch angesichts der Messiasfrage, in der nicht Unglaube gegen Glaube, sondern Glaube gegen Glaube steht. Diese alte These, die wir in den beiden jüngsten Erklärungen wiederholten und vertieften, stieß vor zwei Jahren zu unserem Erstaunen plötzlich auf den energischen Widerspruch der Bischöfe.

Der Dekalog als Fundament einer Menschheitsethik  
Eine hochrangig besetzte internationale Expertentagung im Jahr 1983 zeigte, dass die Übereinstimmung in der Ethik nicht weniger aufregend und nicht weniger bedeutsam für unser Handeln ist als die Bearbeitung kontroverser Glaubensfragen. Hier müssen wir uns weit mehr als bisher mühen, uns zur Verantwortung für die Zukunftsfragen der Menschheit von Gott in Pflicht nehmen lassen.

Auschwitz – auch ein christliches Problem  
Dieses Thema, 50 Jahre nach der "Reichskristallnacht", der Ouvertüre zur Schoa, riss solche Wunden auf, dass einige unter uns ihre Mitarbeit aufkündigten. Auch wenn wir uns nicht selbstgerecht über unsere Vorfahren erheben wollten, konnten wir Christen uns einfach nicht damit abfinden, man hätte halt nichts machen können. Denn die logische Konsequenz hätte gelautet: Dann mussten halt die Juden "dran glauben". Mit dieser zynischen Feststellung konnten wir unmöglich leben. Wenngleich Juden und Christen über die Geschichte trauern, so unser Fazit, trauern sie sehr verschieden. Denn die jüdischen Opfer haben ihr Leben, die (meist getauften) deutschen Täter ihre Würde verloren. Das eine wie das andere Trauma wirkt bis heute nach und verlangt dringend nach Bearbeitung. Sonst bleibt die dunkle Erinnerung wie ein Schwelbrand, der die Atmosphäre weiterhin verpestet.

Selbstkritische Aufarbeitung der Geschichte  
"Mehr als die Theologie trennt Christen und Juden die lange Geschichte der Entfremdung und Feindschaft der Kirchen gegen die Juden." Um diese These von E. L. Ehrlich kreisen seit 15 Jahren etliche Stellungnahmen, weil offizielle kirchliche Verlautbarungen meist die Schuld der Täter, vor allem die Schuld der Kirche verharmlosen. Das bewegende Schuldbekenntnis von Johannes Paul II. an der Jerusalemer Klagemauer im Jahr 2000 weist die Richtung. Dass es heute in Schule und Gesellschaft um das Verhältnis zwischen Juden und Christen ruhiger geworden ist, ist nicht nur beruhigend. Es kann auch ein Zeichen von Gleichgültigkeit und Oberflächlichkeit sein, wenn die einzigartige Verwiesenheit dieser beiden Weltreligionen nicht mehr ernsthaft bedacht wird.

| Prof. Dr. Hanspeter Heinz

Vorsitzender des Gesprächskreises "Juden und Christen" beim ZdK

## Demokratie Bürgerbeteiligung

### "Salz der Erde", nicht "Heiliger Rest"

Berliner Diözesanrat unterstützte Volksentscheid "Unser Wasser"

**Beim 33. Deutschen Evangelischen Kirchentag findet am 2. Juni 2011 in der Dresdener Frauenkirche eine Podiumsdiskussion zur Zukunft der Demokratie statt, die in Kooperation mit dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) veranstaltet wird. Unter dem Titel "Mitmach-Demokratie oder Dagegen-Republik" wird über Formen der Bürgerbeteiligung an politischen Prozessen diskutiert. Der Diözesanrat der Katholiken im Erzbistum Berlin wirkt an dieser Veranstaltung mit. Er bringt hier seine Erfahrungen aus der Unterstützung des Volksentscheids "Unser Wasser" im Land Berlin ein, der am 13. Februar 2011 stattfand.**

"Euch aber muss es zuerst um Gottes Reich und um seine Gerechtigkeit gehen" (Mt 6,33), sagt Jesus seinen Zeitgenossen in der Bergpredigt. Dieses Wort verpflichtet uns auch heute noch. Gerade Diözesan- und Katholikenräte, die als Gremien des Laienapostolats an der Schnittstelle zwischen Kirche und Gesellschaft wirken, darf die Frage nach der Gerechtigkeit nicht unberührt lassen. Dass der Saarbrücker Katholikentag im Jahr 2006 diese Frage zum Leitthema erkoren hatte, ist keine Zufälligkeit. Der Einsatz für Gerechtigkeit hat für Christen, die dem Wort Jesu aus der Bergpredigt folgen, in ihrem gesellschaftlichen Engagement schlicht die höchste Priorität. Der Diözesanrat der Katholiken im Erzbistum Berlin hat sich aus diesem Beweggrund Anfang 2010 entschieden, die Bürgerinitiative "Berliner Wassertisch" zu unterstützen.

#### Ein Geschäft zulasten der Bürger

Diese Bürgerinitiative hatte sich zum Ziel gesetzt, Licht ins Dunkel der Geheimverträge zu bringen, mit denen das Land Berlin bereits 1999 die Berliner Wasserbetriebe teilprivatisiert hatte, von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt. Hintergrund war die hohe Verschuldung, die damals wie heute auf dem Land Berlin lastet. Der Berliner Senat sah in der Privatisierung von Bereichen der öffentlichen Daseinsfürsorge eine Lösung für die drücken-

de finanzielle Misere. So kam es zur Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe. In der Folge stiegen die Berliner Wasserpreise kontinuierlich an; sie gehören mittlerweile zu den höchsten in Deutschland. Dies liegt, wie man nun weiß, an festen Gewinnzusagen, die das Land Berlin den privaten Unternehmen vertraglich zugesichert hatte und von denen die Berliner Haushaltskasse ebenso profitierte, da das Land weiterhin eine knappe Mehrheit von 51% der Anteile an den Wasserbetrieben hält. Es war also eine "Win-win-Situation" zugunsten der Unternehmen Veolia und RWE und dem Land entstanden – zulasten der privaten Haushalte, die teures Wasser kaufen mussten. Das alles war in geheimen Verträgen ausgehandelt worden, die nicht einmal von den Abgeordneten des Berliner Abgeordnetenhauses eingesehen werden konnten und somit demokratischer Kontrolle entzogen waren. Die Bürgerinitiative "Berliner Wassertisch" kämpfte deshalb für die Offenlegung dieser Geheimverträge.

#### Wasser: ein universales, zu schützendes Gut

Für den Berliner Diözesanrat war sofort klar, dass dieses Anliegen aus christlicher Überzeugung unterstützt werden musste. Gerade zu Beginn des Jahres 2010 hatte Papst Benedikt XVI. in seiner Botschaft zum Weltfriedenstag am 1. Januar einen wichtigen Grundsatz der katholischen Soziallehre in Erinnerung gerufen, nämlich den Grundsatz der Universalität der Güter: "Der Gebrauch natürlicher Ressourcen müsste dergestalt sein, [...] dass der Schutz des Privateigentums nicht den universalen Bestimmungszweck der Güter beeinträchtigt". Ganz unbestritten ist Wasser ein solches universales Gut, die Grundlage für alles Leben. Völlig unbestritten ist, dass Wasser nach den Grundsätzen der katholischen Soziallehre ein allgemeines Gut ist, das nicht für die Profitmaximierung privater Unternehmen missbraucht werden darf und dessen Zugangsbedingungen nicht von Einzelnen diktiert werden dürfen, die sich demokratischer Kontrolle und Einflussnahme entziehen.

Skandalös, dass dies mit Billigung der demokratischen Gremien in Berlin geschehen konnte. Hier trifft voll und ganz die Kritik des Kirchenvaters Ambrosius zu: "Du hast dir herausgenommen, was zu gemeinsamer Nutzung gegeben ist. Die Erde ist für alle da, nicht nur für die Reichen." Papst Paul VI. hat diese Worte des heiligen

# Demokratie

## Bürgerbeteiligung

Ambrosius in seiner 1967 erschienenen Enzyklika "Populorum progressio" zitiert und kommt zu dem Schluss: "Das Privateigentum ist also für niemand ein unbedingtes und unumschränktes Recht." Dieser Grundsatz zieht sich seit "Rerum novarum", der von Papst Leo XIII. verfassten ersten großen Sozialenzyklika, wie ein roter Faden durch die gesamte katholische Soziallehre.

### Ein Stück Kirche in der Welt

Das Engagement des Berliner Diözesanrats für den Berliner Wassertisch ist aber nicht nur der gerechten Sache wegen richtig und wichtig, sondern darüber hinaus auch ekklesiologisch bedeutsam. Plötzlich fand sich das Gremium in einem Sammelbecken ganz unterschiedlicher Akteure wieder, von denen manche ganz und gar nicht im Verdacht stehen, Parteigänger der Kirchen zu sein. Doch wenn es um die gerechte Sache geht, muss es möglich sein, Berührungspunkte abzulegen und partielle Bündnisse einzugehen. Die Freiheit, in anderen Zusammenhängen und bei anderen Sachfragen den ehemaligen Mitstreitern gegenüber Kritik zu üben oder Gegenposition zu beziehen, wird dadurch nicht aufgegeben.

Andererseits sorgte das Interesse des Diözesanrats bei den Initiatoren des Berliner Wassertisches anfänglich für Irritation. Katholiken stehen in Berlin nicht unbedingt in dem Ruf, Revolutionen anzuzetteln. So gab es anfänglich die Sorge, ein möglicher negativer Image-Transfer könnte der Initiative schaden, wenn auf den ersten Blick ersichtlich wäre, dass die Katholiken mit im Boot sind. Thomas Rudek, Initiator des Berliner Wassertisches und selber Theologe, griff deshalb zur Taktik des Abwartens: "Bis wir euch als Unterstützer auf unsere Homepage setzen, warten wir lieber noch ein paar Tage, dann gibt es schon ein paar mehr Unterstützer und es fällt nicht mehr so auf." Darüber mag man schmunzeln, aber es ist auch ein Besorgnis erregendes Indiz für die nur noch geringe Anschlussfähigkeit von Kirche. Diese Anschlussfähigkeit gehört aber zur größten Herausforderung der Kirche in säkularer Gesellschaft.

### "Salz der Erde", nicht "Heiliger Rest"

Das Modell "Heiliger Rest", der allenfalls noch ein Nischendasein in der Gesellschaft führt, kann kaum dem

eingangs zitierten Anspruch gerecht werden, Gottes Reich und seine Gerechtigkeit in dieser Welt anbrechen zu lassen. Dazu müssen wir auch nicht viele sein, die wir nicht mehr sind und vermutlich auch nicht mehr sein werden.

Nach dem Evangelium sollen die Christinnen und Christen Salz der Erde sein. Salz ist kein Grundnahrungsmittel, was jeder weiß, der davon schon einmal einen Löffel voll im Mund hatte. Salz sein können schon einige wenige, wenn sie nur "lebendig und kräftig und schärfer" sind, wie das Motto des Evangelischen Kirchentags in Köln 2007 lautete.

Und noch etwas sagt dieses Bildwort aus. Salz braucht ein Medium, das "Andere", dem es Geschmack geben kann oder das es haltbar machen kann. Dieses "Andere" sind die säkulare Gesellschaft und ihre Akteure, unsere Mitmenschen. Mit ihnen und zu ihnen brauchen wir den Kontakt. Wir werden sie nicht alle zu Jüngerinnen und Jüngern Jesu machen können und das ist auch gar nicht nötig. Alle Menschen zum "Salz der Erde" zu machen, wäre geradezu unsinnig. Wem sollten wir dann noch Geschmack geben? Aber wir können – mindestens partiell – Bündnispartner gewinnen und vielleicht auf Dauer unverdächtige Freunde.

### Kirche für das Volk

In diesem Sinn bekommt der Begriff "Volkskirche" eine neue Bedeutung: Nicht Kirche des Volkes, sondern Kirche für das Volk. Das alles gelingt über den Weg des bürgerschaftlichen Engagements in politischen Prozessen, die deshalb auch ekklesiologisch so bedeutsam sind.

### Wolfgang Klose

Vorsitzender des Diözesanrates der Katholiken im Erzbistum Berlin, Mitglied des ZdK

# Biopatentierung

## Praxis der EU

### Wer erfindet Pflanzen und Tiere?

Kirchliche Verbände und Organisationen sagen "Nein" zur Patentierung von Pflanzen und Tieren

**Unter der Überschrift "Wer erfindet Pflanzen und Tiere?" haben katholische Organisationen eine Positionierung zur sogenannten Biopatentierung erarbeitet und im Januar in Berlin vorgestellt.**

Dürfen Pflanzen und Tiere oder deren genetische Bausteine jemandem gehören? Als Christen sagen wir "Nein", denn nach unserem Grundverständnis ist alles Leben Teil der Schöpfung Gottes. Dabei umfasst Schöpfung nicht nur das Entstehen der Welt, sondern auch die Gegenwart Gottes in allen Geschöpfen. Sie wird sichtbar, wenn wir ihnen in Achtung und Liebe begegnen.

#### Eine Frage der Gerechtigkeit

Biopatente sind somit nicht akzeptabel. Gene und Teile von Lebewesen können nicht erfunden werden und dürfen nicht behandelt werden wie technische Erfindungen. Aus unserer weltweiten solidarischen Verantwortung heraus wollen wir nicht zulassen, dass der Zugang zu den genetischen Ressourcen für viele Menschen erschwert wird, weil sie es schlichtweg nicht bezahlen können. Die Kernforderung lautet somit: "Kein Patent auf Pflanzen und Tiere".

#### Politische Debatte

Der Widerstand gegen die derzeitige Patentierungspraxis auf Basis unklarer Gesetzesvorgaben in der europäischen "Biopatentrichtlinie" 98/44/EG ist groß. Parteien, verschiedene Organisationen und die großen Kirchen beteiligen sich daran. Deren fachkompetenten Verbände, Organisationen und Einzelpersonen haben eine Stellungnahme erarbeitet, die alle wichtigen Informationen und Forderungen zur Biopatentierung beinhaltet. Auf Initiative der Katholischen Landvolkbewegung Deutschlands (KLB) und dem Internationalen Ländlichen Entwicklungsdienst (ILD) waren daran die Katholische Landjugendbewegung (KLJB), Misereor, die Umweltbeauftragten der deutschen

(Erz-)Diözesen, das Zentralkomitee der deutschen Katholiken, das Katholische Büro in Berlin sowie externe Fachleute beteiligt. Das Papier wurde im Januar 2011 vorgestellt und erhielt aus allen politischen Fraktionen große Zustimmung. Deren zuständige Berichterstatter haben die Forderungen des Papiers in einer gemeinsamen Erklärung teilweise aufgegriffen und wollen nun initiativ werden.

#### Um was geht es?

Patente sind Schutzrechte, um erfinderische Leistungen zu honorieren. Sie sollen einen Ausgleich schaffen zwischen Erfindern/forschenden Unternehmen und der Gesellschaft, die von den Neuerungen profitiert. Zugleich sollen damit Innovationen gefördert werden. In der industriellen Wirtschaft wurden neue erfinderische Leistungen zur entscheidenden Voraussetzung für Patente. Entdeckungen, Ideen oder bekannte Erfindungen wurden definitiv ausgeschlossen. Von diesen Grundprinzipien hat sich die heutige Praxis bei der Biopatentierung weit entfernt. Patente werden oft im Sinne von Aneignungs- und Abwehrrechten verstanden und "missbraucht".

Die geltenden gesetzlichen Bestimmungen ermöglichen die Patentierung von sogenanntem biologischen Material von Pflanzen, Tieren und Menschen sowie von Verfahren zu deren Herstellung. Die europäische Patentrichtlinie erlaubt sogar die Patentierung von biologischem Material, "wenn es in der Natur schon vorhanden war". Das macht eine Entdeckung zur Erfindung. In der Richtlinie findet sich zwar das Verbot der Patentierung von Pflanzen und Tieren, jedoch mit der Einschränkung, dass die Auswirkung der Erfindung nicht nur auf eine bestimmte Pflanzensorte oder Tierrasse beschränkt sein darf. Umfasst der Patentantrag zum Beispiel nicht eine bestimmte Kartoffelsorte wie "Linda", sondern alle Kartoffeln, so ist ein Patent möglich. Das ist paradox und öffnet Tür und Tor für die Patentierung von Leben.

#### Einladung zum Missbrauch

Zudem sind laut Richtlinie "im Wesentlichen biologische Verfahren" von der Patentierung ausgeschlossen. Bei der genauen Definition dieses Begriffes tritt Ernüchterung ein, denn es heißt: "Ein Verfahren ist im wesentlichen biologisch, wenn es vollständig auf natürlichen Phänomenen



# Biopatentierung

## Praxis der EU

wie Kreuzung oder Selektion beruht". Auch konventionelle Züchter wenden Verfahren an, die nicht im Wesentlichen biologisch sind, sondern technische Komponenten enthalten. So wirkt diese Definition wie eine Einladung zum Missbrauch des Patentrechts.

Jede Pflanze, jedes Tier und jedes analysierte Gen kann in eine industrielle Erfindung umgewandelt und patentiert werden. Dabei wird die erfinderische Leistung immer kleiner und die Reichweite der Patente immer größer. Beispielsweise wird die markergestützte Selektion – ein gängiges Testverfahren in der Züchtung – als technisches Hilfsmittel zur Grundlage von Patentanträgen gemacht, mit denen weitreichende Ansprüche verknüpft werden. So werden auf konventionelle Zuchtverfahren immer häufiger Patente beantragt und auch gewährt.

Nach Recherchen der Initiative "Kein Patent auf Leben" wurden 2010 etwa 250 Patente auf gentechnisch veränderte Pflanzen angemeldet. Weitere 100 Patente galten konventionell gezüchteten Pflanzen, deren Anteil an den Gesamtpatentanträgen auf Pflanzen insbesondere bei den großen Agrarunternehmen zunimmt und sich dort auf rund 20 - 30% beläuft. 2010 wurden rund 200 Patente auf pflanzliche Zuchtverfahren mit und ohne Gentechnik erteilt.

### Gegen Privatisierung und Monopolisierung

Die Folgen von Patenten auf Leben gehen uns alle an. Wollen wir zulassen, dass ein Teil unserer Lebensgrundlagen privatisiert und monopolisiert wird? Wegen der großen Reichweite des Patentschutzes erstrecken sich die Ansprüche beispielsweise bei Patenten auf Pflanzen und deren Zuchtverfahren auf Samen, Pflanzen und Früchte, die in Supermärkten oder auf unseren Tellern landen. Zurzeit liegt der Saatgutmarkt zu 75 % in den Händen von 10 Konzernen. Zahlreiche kleine Unternehmen sind längst übernommen worden oder vom Markt verschwunden. Das hat Auswirkungen auf die Preisgestaltung durch die Monopolisten. Überhöhte und von der allgemeinen Preissteigerung abgekoppelte Preise sind keine utopischen Sorgen, sondern bei Genmais, -soja und Baumwolle bereits der Fall. Eine weitere Sorge gilt der abnehmenden genetischen Vielfalt als Folge der Monopolisierung, denn

der Erhalt von Vielfalt ist unternehmerisch gesehen nicht attraktiv. Vor dem Hintergrund des Klimawandels ist diese Entwicklung fahrlässig, denn sie bedroht die Ernährungssicherheit. Landsorten, die durch die Industriesorten vom Markt gedrängt werden, sind an ihren Standorten meist wesentlich robuster und angepasster als Sorten, die oftmals nur bei optimaler Düngung und Bewässerung ausreichenden Ertrag bringen. Einer von den Monopolisten abhängigen industrialisierten Landwirtschaft wird Vor-schub geleistet.

### Welche Forderungen ergeben sich?

Fazit: Nur mit einem generellen Verbot der Patentierbarkeit von Tieren, Pflanzen oder genetischem Material kann der Zugang aller Menschen zu den genetischen Ressourcen unter annehmbaren Bedingungen gewährt werden. In der europäischen Biopatentrichtlinie muss klargestellt werden, dass in der Natur vorgefundenes genetisches Material keine Erfindung sein kann. Ebendort muss die Definition von "im Wesentlichen biologische Verfahren" geändert werden: Technische Verfahren, die die konventionelle Zucht unterstützen, dürfen nicht zur Grundlage für die Patenterteilung werden. Zudem muss das Anhörungsverfahren vor der Patenterteilung durchgeführt und zur Entscheidungsgrundlage werden, nicht wie bisher erst nach der Patentvergabe. Zu diesen Anhörungen sollten auch zivilgesellschaftliche Vertreter und externe Fachleute hinzugezogen werden. Der letzte Punkt im Forderungskatalog gilt der Finanzierungspraxis im Patentamt. Da sich das Patentamt derzeit über erteilte Patente finanziert, ist es nicht besonders lukrativ, Patentanträge abzulehnen. Die Verknüpfung zwischen Bewilligung von Patenten und Finanzierung ist aufzulösen.

| [Wolfgang Schleicher, Elisabeth van der Linde](#) |  
Verband Katholisches Landvolk e. V., Stuttgart

*Informationen über aktuelle Entwicklungen oder Aktionen gegen Patente auf Leben findet man im Internet unter [www.kein.patent.de](http://www.kein.patent.de). Das Positionspapier steht unter [www.zdk.de/data/reden/pdf/Stellungnahme\\_Biopatente\\_12\\_01\\_2011\\_1295970146.pdf](http://www.zdk.de/data/reden/pdf/Stellungnahme_Biopatente_12_01_2011_1295970146.pdf) zur Verfügung.*

## Babyklappen und anonyme Geburt

Facetten eines innerverbandlichen Diskurses

**Seit 1999 haben freie und kirchliche Träger Babyklappen und andere Formen anonymer Kindesabgabe mit dem Ziel eingerichtet, Tötungen und Aussetzungen von Neugeborenen zu verhindern. Parallel dazu begannen Kliniken die Möglichkeit einer anonymen Geburt anzubieten, um Frauen, die ihre Schwangerschaft geheim halten wollen, davor zu bewahren, ohne medizinische Begleitung heimlich irgendwo ihr Kind zur Welt zu bringen. In den folgenden Jahren gab es verschiedene Gesetzesinitiativen, die anonyme Geburt auch rechtlich zu regeln, diese scheiterten aber alle an verfassungsrechtlichen Bedenken. Seit 2003 werden die Projekte – vor allem Babyklappen – aus juristischen und fachlichen Gründen in Gesellschaft, Politik und Kirche sehr kontrovers diskutiert. Diese Debatte wurde durch die Stellungnahme des Deutschen Ethikrates im November 2009 neu entfacht und im Februar 2011 bei einer Nachfolge-Veranstaltung des Ethikrates aufgegriffen.**

Durch die Angebote werden mehrere Grundrechte berührt, die ggf. in Konkurrenz zueinander stehen, allen voran das Recht auf physische und psychische Unversehrtheit und das Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung. Dabei entzündet sich der Streit immer wieder an der grundsätzlichen Frage, ob Babyklappen tatsächlich Leben retten. Dies kann weder von den Befürwortern bewiesen noch von den Gegnern widerlegt werden. Tatsächlich sind jedoch die bundesweiten Zahlen von Tötungen und Aussetzungen nicht zurückgegangen, sodass für die Mehrheit des Ethikrates kein Wertungswiderspruch zur Lebensrettung besteht und sie sich für eine Abschaffung von Babyklappen und gegen eine Legalisierung anonymer Kindesabgabe ausspricht.

### SkF-Projekte

Auch Ortsvereine des Sozialdienstes katholischer Frauen (SkF) engagieren sich in diesem Arbeitsfeld, um Frauen, die gegen Ende der Schwangerschaft in eine akute Not-situation geraten, gezielt anzusprechen und individuell

zu unterstützen. So richteten 31 von 145 SkF-Ortsvereinen spezifische Angebote ein oder beteiligten sich an Projekten anderer Träger. Alle Projekte verfügen über ein umfassendes Beratungs-, Hilfe- und Kooperationsnetz:

- Babyklappen-Projekte: 19 Ortsvereine, davon 9 in SkF-Trägerschaft (eingerrichtet zwischen 2000 und 2003)
- Aktion-Moses-Projekte ("Arm-zu-Arm-Übergabe"): 7 Ortsvereine, davon 5 in SkF-Trägerschaft
- Beratung in Zusammenhang mit anonymer Geburt (als Klinik-Angebot): 5 Ortsvereine.

Nach den Erfahrungen der Ortsvereine konnten über den niedrigschwelligen anonymen Zugang, vor allem die telefonischen Hotlines, viele Frauen persönlich erreicht werden. Die meisten dieser Frauen gaben bald ihre Anonymität auf und konnten an die kooperierenden Beratungsstellen und Dienste vermittelt werden. Von den Frauen, die zunächst an ihrer Anonymität festhielten, gaben 3 von 4 Frauen im Laufe der Beratung und Begleitung, spätestens nach der Geburt des Kindes, ihre Identität preis. Diesen Frauen ging es meist nicht darum, ihrem Kind gegenüber anonym zu bleiben, sondern sie wollten ihre Schwangerschaft vor ihrem sozialen Umfeld verbergen.

### Innerverbandliche Bewertung

Innerhalb des SkF gab es von Anfang an auch kritische Stimmen zu den Babyklappen-Projekten, da sie letztlich zulassen, dass ein Kind ohne Kontakt zur Mutter (den Eltern) anonym abgegeben werden kann und ohne Kenntnis seiner Herkunft aufwachsen muss. Um schwangere Frauen in extremen Krisensituationen schon frühzeitig persönlich zu erreichen und damit Mutter und Kind zu unterstützen, entstanden deshalb zeitgleich innerhalb des SkF die Moses-Projekte ("Arm-zu-Arm-Übergabe") als Gegenentwurf zu den Babyklappen.

Seit zwei Fachtagungen 2003 werden innerhalb des SkF die Folgen dauerhafter Anonymisierung und damit vor allem die eigenen Babyklappen intensiv und kontrovers diskutiert.

Trotz der unterschiedlichen Bewertung innerhalb des SkF hinsichtlich der Babyklappen besteht aber – und das ist das positive Ergebnis eines kontinuierlichen und

# Lebensschutz Babyklappe

konstruktiven Diskussions- und Meinungsbildungsprozesses auf allen verbandlichen Ebenen – Konsens in folgenden Punkten:

1. Als Frauenfachverband sieht sich der SkF in der Verantwortung, Frauen in extremen Krisensituationen, die ihre Schwangerschaft verheimlichen oder verdrängen und gegen Ende ihrer Schwangerschaft zunehmend unter Druck geraten, gezielt anzusprechen und mit niedrigschwelligen Beratungs- und Unterstützungsangeboten zu erreichen.
2. Eine Anonymität zwischen Mutter (Eltern) und Kind ist nicht gewollt. Wohl aber bedarf es niedrigschwelliger – auch anonymer – Zugänge zu Frauen in extremen Notsituationen. Dabei ist nicht auszuschließen, dass sich eine Frau auch nach einem längeren Beratungsprozess entscheidet, ihre Identität nicht preiszugeben.
3. Der SkF ist zu der Überzeugung gelangt, dass es keinen generellen Rechtsanspruch auf anonyme Geburt geben sollte. Hingegen befürwortet er eine rechtliche Regelung, die einer Frau in einer schwierigen Situation Vertraulichkeit im Hinblick auf ihre Daten zusichert und zugleich die Grundrechte des Kindes auf Leben, Fürsorge und Kenntnis seiner Abstammung wie auch die Rechte und Pflichten des Vaters berücksichtigt.
4. Der SkF hat bereits 2004 beschlossen, keine neuen Babyklappen mehr zu eröffnen, die bestehenden Babyklappen aber vorerst weiterzuführen – nicht zuletzt wegen ihrer gesellschaftlichen Akzeptanz und bisherigen staatlichen Duldung.

## Nach der Stellungnahme des Deutschen Ethikrates

Der Ethikrat hat sich in seiner Stellungnahme "Das Problem der anonymen Kindesabgabe" vom 26. November 2009 dafür ausgesprochen, Babyklappen und Angebote zur anonymen Geburt aus juristischen und ethischen Gründen aufzugeben. Er schlägt im Gegenzug vor, durch ein Gesetz eine "vertrauliche Kindesabgabe mit vorübergehender anonymer Meldung" zu ermöglichen. In einem

Sondervotum spricht sich eine Minderheit von Ethikratsmitgliedern gegen eine Schließung der Babyklappen aus und hält trotz der ethischen und rechtlichen Bedenken eine Duldung für vertretbar. Der SkF-Bundesvorstand hat am gleichen Tag eine Pressemeldung veröffentlicht, in der er die Stellungnahme des Ethikrates im wesentlichen begrüßt, vor allem die Regelung einer "vertraulichen Kindesabgabe" sowie die Beauftragung des Deutschen Jugendinstituts (DJI) durch die Bundesregierung zu einer umfangreichen Studie, die der SkF seit 2004 gefordert hatte.

Noch im Dezember lud die Bundesebene die Ortsvereine zu einem Trägertreffen, um sich mit der Stellungnahme des Ethikrates auseinanderzusetzen und sich über die Erfahrungen aus der Praxis auszutauschen. Im Laufe des Jahres 2010 befasste sich der SkF in allen relevanten Gremien auf Bundes-, aber auch auf Diözesan- und Ortsebene mit der Stellungnahme des Ethikrates, dem Sondervotum und möglichen Konsequenzen. Auch in den Fachdiensten, vor allem der Schwangerschaftsberatung und den Adoptionsdiensten, wurde das Thema diskutiert und bearbeitet.

Dabei wurde deutlich, dass auch nach der Stellungnahme der Verband zu keiner durch alle Ebenen getragenen einheitlichen Positionierung kommt. Vor allem Ortsvereine, die Träger oder Kooperationspartner von Babyklappen sind, plädieren mit Bezug auf das Sondervotum für eine Duldung der bestehenden Projekte.

Die Delegiertenversammlung hat deshalb beschlossen, die Ergebnisse und Erkenntnisse aus der Evaluationsstudie des DJI abzuwarten, um bei der kommenden Sitzung im Juni 2011 über mögliche weitere Schritte zu beraten.

## Fazit

Aus den unterschiedlichen Positionen innerhalb des SkF lassen sich folgende Aspekte und Schlussfolgerungen zusammenfassen:



ZdK

Zentralkomitee  
der deutschen Katholiken

ZdK | Zentralkomitee der deutschen Katholiken  
Postfach 24 01 41, D 53154 Bonn

- Die Bundesebene des SkF bewertet vor allem Babyklappen und anonyme Geburt zunehmend kritisch. Nicht ohne Grund sind nach intensiver verbandlicher Diskussion seit 2003 keine neuen Babyklappen in SkF-Trägerschaft mehr eingerichtet worden.
- Die örtlichen Träger wissen zwar um die schwierige rechtliche Situation, haben aber deutlich gemacht, dass sie die bestehenden Babyklappen als "ultima ratio" sehen und sie deshalb nicht schließen, es sei denn, der Gesetzgeber verbietet sie oder es gibt eine gute und erprobte Alternative.
- Der SkF befindet sich somit in einem Dilemma, das innerhalb des Verbandes nur schwer gelöst werden kann.
- Die Ortsebene bewertet die ganze Problematik eher auf den Einzelfall bezogen, die Bundesebene hingegen aus der Gesamtschau des deutschen Familienrechts.
- Der SkF begrüßt grundsätzlich die Regelung einer "vertraulichen Geburt". Der Vorschlag des Ethikrates einer "vertraulichen Kindesabgabe mit vorübergehender Anonymität" lässt aber für die betreffenden SkF-Ortsvereine bei gleichzeitiger Abschaffung der Babyklappen immer noch eine Lücke offen. Es wird auch mit einer gesetzlichen Regelung immer Frauen geben, die ihre Anonymität nicht aufgeben. Der Gesetzgeber muss auch in diesen Fällen Rechtssicherheit für alle Beteiligten schaffen.
- Aus Sicht der beteiligten Fachdienste ergeben sich hinsichtlich der Regelung einer "vertraulichen Geburt" viele praktische Fragen und weiterer (gesetzlicher) Regelungsbedarf, z. B. in Bezug auf das mittlerweile komplizierte Meldegesetz. Zudem bedarf es dringend einer gesellschaftlichen Anerkennung von Frauen, die sich verantwortungsvoll für eine Freigabe ihres Kindes zur Adoption entscheiden.
- Durch eine gesetzliche Regelung würden auch Öffentlichkeitsarbeit und eine gezieltere Ansprache von Frauen, die ihre Schwangerschaft vor ihrem sozialen Umfeld verbergen wollen oder müssen, möglich und damit die Chance, sie besser und vor allem frühzeitig zu erreichen.

| [Regine Hölscher-Mulzer](#) |  
Referentin beim Sozialdienst katholischer  
Frauen Gesamtverein e. V.

Pressestelle Hochkreuzallee 246, 53175 Bonn  
Postfach 24 01 41, 53154 Bonn

Tel. +49. (0) 228. 38 297 - 0. Fax +49. (0) 228. 38 297 - 48  
Mail [presse@zdk.de](mailto:presse@zdk.de) Web [www.zdk.de](http://www.zdk.de)

Herausgeber  
Dr. Stefan Vesper Generalsekretär

Redaktion  
Theodor Bolzenius Pressesprecher

Nachdruck frei / Belegexemplar erbeten

Alle Ausgaben der "Salzkörner" finden Sie auch  
auf unserer Internetseite: [www.zdk.de/salzkorner](http://www.zdk.de/salzkorner)